

# Mitgliederversammlung 2020

Samstag, 29. Februar 2020, 9.30 Uhr  
Philipp-Scheidemann-Haus

# *Beschlüsse*



SPD Unterbezirk Kassel-Stadt, Humboldtstr. 8 A, 34117 Kassel

# Mitgliederversammlung am 29. Februar 2020

## Beschluss B 1

---

Antragsteller: SPD OV Wilhelmshöhe

Adressat: SPD-Bezirksparteitag  
SPD-Landesparteitag  
SPD-Bundesparteitag  
SPD-Bundestagsfraktion  
SPD-Landtagsfraktion  
Bundesministerin für Justiz und Verbraucherschutz

Betrifft: Mietenexplosion eindämmen - endlich wirksame  
Instrumente der Wohnungs- und Bodenpolitik schaffen.

angenommen

abgelehnt

überweisen an:

### Die Mitgliederversammlung beschloss:

Angesichts der seit Jahren ausufernden, teilweise dramatischen Mietpreisentwicklung in deutschen Großstädten und der daraus erwachsenen sozialen Diskrepanzen werden die SPD-Bundestagsfraktion, die Fraktion im Hess. Landtag sowie die Bundesministerin für Justiz und Verbraucherschutz aufgefordert, gesetzgeberische Maßnahmen zu initiieren bzw. zu unterstützen, um mittelfristig den Wohnungsbestand in den von der Mietenexplosion besonders betroffenen Zentren von Städten über 500.000 Einwohnern schrittweise zu 50% in gemeinnützige-genossenschaftliche- oder öffentlich kontrollierte Wohnungsunternehmen überführen. Nach Schaffung geeigneter gesetzlicher Instrumente ist den betroffenen Städten die Entscheidung über deren Anwendung vorzubehalten. Insbesondere die Möglichkeiten von Art. 14 GG sind konsequent zu nutzen."

### Begründung:

Die Schaffung von bezahlbaren Wohnungen ist eine der zentralen Herausforderungen in Deutschland geworden. Wohnen ist eine Aufgabe der Daseinsvorsorge und ein Grundbedürfnis. Es bedeutet Sicherheit und Geborgenheit. Wohnen ist zur neuen „Sozialen Frage“ geworden, da seit Jahren die Mieten in den Zentren vieler deutscher Großstädte um ein Mehrfaches schneller steigen als die sonstigen Preise und als die Einkommen aus Erwerbstätigkeit. Der Anteil von „Normalverdienern“, die 50% oder sogar mehr ihres monatlichen Haushaltseinkommens für Miete und Nebenkosten aufwenden müssen, steigt stetig. Immer mehr Menschen - insbesondere Familien - haben Angst, dass sie sich ihr Dach

über dem Kopf nicht mehr leisten können und verlieren zunehmend das Vertrauen in Handlungswillen und Handlungsfähigkeit der politischen Entscheider und der demokratischen Gremien.

Bereits im Jahr 1971 hat der damalige Bundespräsident und vorherige Justizminister Gustav Heinemann (SPD) vor dem deutschen Städtetag folgendes sehr klar und eindringlich formuliert:

"Eine der Quellen städtischer Nöte ist die Bodenspekulation. Wenn wir ihrer nicht Herr werden, fahren wir uns hoffnungslos fest. Wann endlich lesen wir laut und deutlich, dass Artikel 14 des Grundgesetzes das Eigentum nicht lediglich gewährleistet, sondern, sondern auch von der Möglichkeit spricht, seinen Inhalt und seine Schranken durch die Gesetze zu bestimmen? Wann endlich lesen wir laut und deutlich aus Artikel 14 des Grundgesetzes, dass jedes Eigentum verpflichtet und sein Gebrauch zugleich dem Wohle der Allgemeinheit Rechnung tragen soll? Wann endlich erfüllt der Gesetzgeber bei dem Bodenrecht seine verfassungsmäßige Pflicht?" (Quelle: Bulletin Nr. 81, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung vom 27. Mai 1971)

Die Situation ist in fast fünf Jahrzehnten keinesfalls besser geworden. Im Interesse der betroffenen Menschen und nicht zuletzt im Interesse sozialdemokratischer Glaubwürdigkeit besteht dringender Handlungsbedarf.

Material: Art. 14 GG

- 1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
- (2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
- (3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg.

# Mitgliederversammlung am 29. Februar 2020

## Beschluss B 2

---

Antragsteller: SPD OV Wilhelmshöhe

Adressat: SPD-Bezirksparteitag  
SPD-Bundesparteitag  
SPD-Bundestagsfraktion

Betrifft: Erbschaftssteuer auf Betriebsvermögen

angenommen       abgelehnt       überweisen an:

### Die Mitgliederversammlung beschloss:

Die SPD-Fraktion im Bundestag wird aufgefordert, eine Änderung des Erbschaftsteuergesetzes in die Wege zu leiten.

Die Steuerfreiheit bei der Erbschaftsteuer für Betriebsvermögen soll abgeschafft werden.

Die Steuersätze und die Freibeträge müssen überprüft werden.

Wenn die Erbschaftsteuer nicht gezahlt werden kann, soll sie in eine stille Beteiligung umgewandelt werden.

### Begründung:

Die Steuerbefreiung für Betriebsvermögen führt zu einer großen sozialen Ungerechtigkeit. Hier werden Millionen Euro steuerfrei an die Erben übertragen. Dadurch entsteht eine enorme Ungleichheit mit leistungslosem Einkommen der Erben. Für den Zuwachs der Vermögen ist auch die Allgemeinheit verantwortlich, z.B. durch die Bereitstellung von Infrastruktur und Ausbildung der Arbeitnehmer. Die angebliche Gefährdung von Arbeitsplätzen durch die Zahlung der Steuer ist nur eine Ausrede. Wenn die Erbschaftsteuer nicht gezahlt werden kann, kann sie in eine stille Beteiligung umgewandelt werden, mit einer Beteiligung nur am Gewinn und (ganz wichtig) am Vermögen. Aufgrund der stillen Beteiligungen sollen die Zahlungen an die Finanzverwaltung in gleicher Höhe wie die Ausschüttungen an die anderen Anteilseigner erfolgen, in welcher Form auch immer (Dividenden, Gehalt oder Zinsen). Die Auswirkungen dieser Reform sind auch kein neues bürokratisches Monster. Die Berechnung ist ganz einfach und wird im Erbfall sowieso gemacht. Die Erbschaftssteuererklärungen müssen sowieso erstellt werden. Auch das Verfassungsgericht hat in der Vergangenheit die Steuerfreiheit bei der Erbschaftsteuer bemängelt. Mit der Abschaffung der Steuerfreiheit wird die SPD sicher keine Wähler verlieren.

## **Mitgliederversammlung am 29. Februar 2020**

### Beschluss B 3

---

Antragsteller: Jusos Kassel-Stadt

Adressat: SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord  
SPD-Bundesparteitag  
SPD-Bundestagsfraktion

Betrifft: Promovieren ermöglichen

angenommen       abgelehnt       überweisen an:

#### **Die Mitgliederversammlung beschloss:**

Wir fordern BAföG auch für Promotionsstudierende. Jede\*r sollte den akademischen Weg so weit gehen wie er\*sie es möchte. Des Weiteren sollten Promotionsstudierende ohne abhängige Beschäftigung auch in der studentischen Krankenversicherung im Sinne des § 5 Abs. 1 Nr. 9 SGB V versichert werden.

#### **Begründung:**

Wenn Studienabsolvent\*innen den Wunsch hegen zu promovieren, sollte dies nicht von der Finanzierungsmöglichkeit abhängig sein. Bildung hört nicht nach dem Masterabschluss auf. Es bekommt nicht jede/r Doktorand/In eine Lehrstätte, ein Stipendium oder die finanzielle Unterstützung von der Familie.

Auch Doktorand/Innen haben Lebenserhaltungskosten. Von Lebensmitteln bis Krankenkassenbeiträgen müssen sie alles Zahlen, doch wie soll das gewährleistet sein, wenn Promotionsstudenten/Promotionsstudentinnen keine Finanzierung haben. Nicht jede/r hat die finanzielle Unterstützung der Familie, wenn sie/er über 25 Jahre alt ist auch kein Kindergeld und ein Minijob ist bei der Forschungsarbeit an der Universität kaum machbar. Deswegen BAföG auch für Doktoranden/Doktorandinnen.

# Mitgliederversammlung am 29. Februar 2020

## Beschluss B 4

---

Antragsteller: Jusos Kassel-Stadt

Adressat: SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord  
SPD-Bundesparteitag  
SPD-Bundestagsfraktion

Betrifft: Mehr Sicherheit – Weniger Befristungen

angenommen       abgelehnt       überweisen an:

### Die Mitgliederversammlung beschloss:

Die Befristung eines Arbeitsverhältnisses ohne Sachgrund darf nicht mehr zulässig sein.

Ein Arbeitsverhältnis bei Vorliegen eines Sachgrundes zu befristen darf nur noch in engen Grenzen zulässig sein. Die Befristungsmöglichkeit der öffentlichen Arbeitgeber durch haushaltsrechtliche Bestimmung wird abgeschafft (§ 14 Abs.1 Nr. 7 Teilzeitbefristungsgesetz). Ebenso wenig darf der vorübergehende Arbeitskräftebedarf ein Sachgrund für die Befristung sein.

Bei Befristungen mit Sachgrund darf eine Gesamtdauer von maximal 18 Monaten nicht überschritten werden.

### Begründung:

Der Koalitionsvertrag muss so schnell wie möglich umgesetzt werden. Nach diesem sollen Arbeitgeber mit mehr als 75 Beschäftigten nur noch maximal 2,5 Prozent der Belegschaft sachgrundlos befristen dürfen. Außerdem sollen sog. „Kettenbefristungen“ laut Koalitionsvertrag nur noch bis zu einer Höchstdauer von fünf Jahren zulässig sein.

Aus unserer Sicht ist aber noch mehr nötig:

Die Große Koalition im Bund befasst sich bislang vor allem mit den Befristungen ohne Sachgrund. Tatsächlich sind aber die Befristungen mit Sachgrund in der Praxis noch bedeutsamer. Weil der Koalitionsvertrag auch das Recht auf die sog. „befristete Teilzeit“ einführen, verschärft sich das Problem evtl. noch: Wenn die Eingehung eines Teilzeitarbeitsverhältnisses erleichtert wird, wird es tendenziell auch mehr befristete Arbeitsverhältnisse geben – denn für den freierwerbenden Stellenanteil ist es dann möglich, einen Arbeitnehmer einzustellen, dessen Arbeitsvertrag mit Sachgrund befristet wird. Von der guten Lage in der deutschen Wirtschaft müssen die Arbeitnehmer profitieren – und zwar auch in Form von mehr Job-Sicherheit. Wie erreicht man dieses Ziel? Insbesondere muss § 14 Abs. 1 Nr. 1 TzBfG gestrichen werden. Diese Vorschrift gibt dem Arbeitgeber

mehr oder weniger immer eine Befristungsmöglichkeit, die gerichtlich nur schwer überprüfbar ist. Für ganz kurzfristige Tätigkeiten genügt zudem der eingeschränkte Anwendungsbereich des Kündigungsschutzgesetzes.

Wir sind der Ansicht, dass sämtliche Reformvorhaben betreffend die rechtlichen Möglichkeiten zur Befristung von Arbeitsverhältnissen auch für Behörden und sonstige öffentliche Arbeitgeber gelten sollten. Die Reformvorhaben sollten sich auf Behörden aller Hierarchieebenen erstrecken, also auf sämtliche Bundes-, Landes- und Kommunalbehörden. Es besteht kein Grund dazu, Behörden von den Reformvorhaben auszunehmen. Vielmehr ist es umgekehrt so, dass der Staat mit gutem Beispiel vorangehen sollte. Ihn sollten dieselben sozialstaatlichen Verpflichtungen treffen wie private Arbeitgeber. Daneben spricht auch die Wettbewerbsfähigkeit des Staates als Arbeitgeber dafür, die Reformvorhaben auszuweiten: Qualifizierte Arbeitssuchende werden sich regelmäßig für den Arbeitgeber entscheiden, der die besten Arbeitsbedingungen bietet. Ein unbefristeter Arbeitsvertrag ist bei der Bewertung der Arbeitsbedingungen ein zentraler Aspekt. Gerade in der Justiz war bereits zu beobachten, dass gerade die besten Beschäftigten zu einem anderen Arbeitgeber gewechselt sind, weil ihnen dort unbefristete Arbeitsverhältnisse angeboten worden waren. Insbesondere ist es vor diesem Hintergrund erforderlich, die Regelung in § 14 Abs. 1 Nr. 7 TzBfG zu streichen. Es kann nicht sein, dass sich der öffentliche Dienst selbst Befristungsgründe schaffen darf.

## **Mitgliederversammlung am 29. Februar 2020**

### Antrag B 5

---

Antragsteller: Jusos Kassel-Stadt

Adressat: SPD Unterbezirksparteitag Kassel Stadt  
SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kassel  
SPD-Mitglieder des Magistrats der Stadt Kassel

Betrifft: In-Vitro-Fleisch: Eine vielversprechende Alternative?  
– Vier Forderungen an die Sozialdemokratie

angenommen

abgelehnt

überweisen an:

#### **Die Mitgliederversammlung möge beschließen:**

Unsere Forderungen

1. Es bedarf eines höheren öffentlichen Bewusstseins für die Probleme im Zusammenhang mit der Fleischproduktion. Die Innovation in-vitro-Fleisch muss in einen breiten Diskurs über negative Auswirkungen der heutigen Fleischproduktion und des Fleischkonsums eingebettet werden.
2. Das derzeit noch verhältnismäßig kostenintensive in-vitro-Fleisch muss konkurrenzfähig werden. Dazu ist es nötig, die massiven Subventionen der Tierproduktion zu streichen. Auch soll der Staat bzw. die EU in in-vitro-Technik investieren. Hierzu muss die Bundesregierung bzw. die EU einen Forschungsfonds zur Verfügung stellen. Bei der Forschung und Produktion eines zur Vermeidung von Klima- und Umweltschäden beitragenden Produktes sollte die deutsche Wirtschaft nicht abgehängt sein.
3. Klima-, Umwelt- und Tierschutz dürfen kein Elitenprojekt sein. Daher muss eine Monopolisierung des in-vitro-Marktes vermieden werden, um erschwingliche Preise für alle Menschen zu ermöglichen.
4. Die SPD muss sich für die Einführung von in-vitro-Produkten auf dem Markt einsetzen. Es bedarf einer begleitenden Aufklärungskampagne, dass auch in-vitro-Fleisch mit Problemen, insbesondere einem sehr hohen Energieverbrauch, behaftet ist. Unmittelbar muss eine globale Ernährungswende beginnen – weg von der Tierproduktion.

#### **Begründung:**

Der Fleischkonsum in Deutschland ist mittlerweile relativ konstant bei 60 kg pro Kopf und Jahr. Damit stellt Deutschland bereits eine Ausnahme dar. Zwar ist der pro Kopf Konsum in Deutschland immer noch deutlich höher als in Schwellenländern, allerdings steigt der



Fleischkonsum in diesen stetig an. Bis 2050 wird sich die weltweite Fleischproduktion verdoppeln.

Der Fleischkonsum steht nicht nur mit vielen Zivilisationskrankheiten in engem Zusammenhang. Vielmehr ist er neben enormen ökologischen Schäden für massive Verschwendung von Wasser, Boden und Ressourcen und somit mittelbar auch für die globale Hungerkrise maximal mitverantwortlich. Zwar werden ausreichend Nahrungsmittel produziert, doch in einem kapitalistischen System werden diese nicht gleichmäßig und gerecht verteilt. Ferner stehen insbesondere die Probleme im Umgang mit Tieren in der Tierproduktion im Fokus. Daher ist es nicht verwunderlich, dass immer mehr Menschen auf eine fleischlose Ernährung umsteigen. Dennoch ist die Lust auf Fleisch insgesamt ungebrochen. Somit bedarf es eine Diskussion um alternative Formen der Fleischproduktion. Was ist in-vitro-Fleisch?

Fleisch für den menschlichen Verzehr besteht zu einem großen Teil aus tierischem Muskelgewebe. Dieses Muskelgewebe kann auch außerhalb des Körpers eines Tieres in einer Zellkultur hergestellt werden. Somit entfällt die Notwendigkeit ein Tier heranzuzüchten und zu töten, um Fleisch zu erhalten.

Als in-vitro-Fleisch wird also Fleisch bezeichnet, welches im Labor bzw. in vitro (lat. „im Glas“) hergestellt wird. Diese Technik wird als „Tissue Engineering“ bezeichnet und beschäftigt sich mit der künstlichen Herstellung biologischer Gewebe durch die gerichtete Kultivierung von Zellen. Ursprünglich stammt die Technik aus der regenerativen Medizin, die sich mit der Wiederherstellung von zerstörtem Gewebe beschäftigt. Beim Tissue Engineering werden einem Spenderorganismus Zellen entnommen und im Labor in vitro vermehrt. Die entnommenen Muskelzellen werden in einer Nährlösung im Bioreaktor kultiviert und entwickeln sich zu Muskelfasern. So lässt sich beispielsweise ein Burger Pattie in einer Petrischale züchten.

In-vitro-Fleisch im Vergleich

Bisher ist in-vitro-Fleisch noch nicht marktreif und nur prototypisch produziert worden. Ein direkter Vergleich mit konventionellem Fleisch ist insoweit derzeit noch nicht möglich, ein Vergleich basiert lediglich auf vielversprechenden Hypothesen. Derzeitige Analysen gehen davon aus, dass für kultiviertes Fleisch rund 99 % weniger Land genutzt, 96 % weniger Wasser verbraucht, 96 % weniger Treibhausgase und eine in etwa ähnliche Menge Energie verbraucht wird.

Hygienische Unterschiede

Aufgrund des sterilen und streng kontrollierten Umfeldes ist die Herstellung von Fleisch aus Zellkulturen sicherer als die konventionelle Produktion in der landwirtschaftlichen Tierhaltung. Beim Herstellungsprozess gibt es keinen direkten Kontakt mit Tieren, sodass die Gefahr von Zoonosen, also Krankheiten, die sowohl vom Tier auf den Mensch, als auch vom Mensch auf das Tier übertragen werden können (z. B. BSE), reduziert werden. Darüber hinaus werden wohl keine Medikamente für die Produktion benötigt, während in der Tierproduktion allein im Jahr 2017 in Deutschland 733 Tonnen Antibiotika eingesetzt wurden. Voraussetzung hierfür ist allerdings, dass die Nährlösung weiterentwickelt wird und zukünftig nicht auf fötales Kälberserum angewiesen ist, welches potenziell Zoonosen enthält. Fötales Kälberserum wird erzeugt, indem eine trächtige Kuh getötet und dem lebenden Fötus Blut aus dem Herzen entnommen wird, wodurch der Fötus ebenfalls stirbt. Momentan ist diese Vorgehensweise für die Produktion von in-vitro-Fleisch nicht umgänglich. Prototypen von Nährlösungen auf Basis von Pflanzen, Pilzen und Mikroalgen wurden zwar bereits entwickelt, sind jedoch derzeit noch nicht massentauglich.

Das bessere Fleisch?

Weiterhin sind durch die Züchtung im Labor wesentliche Veränderungen am Produkt möglich, die in der konventionellen Fleischproduktion nicht möglich sind. So können Produkte mit Nährstoffen angereichert und der Gehalt ungesunder Fette reduziert werden. Somit eröffnet sich der Weg für ein „verbessertes Original“ oder „Fleisch 2.0“. Der Kultivierungsprozess ermöglicht ferner die Produktion von exotischem oder anderweitig seltenem Fleisch, welches auch illegale Märkte für das Fleisch exotischer und bedrohter

Arten ersetzen könnte. Ob die gesundheitlichen Risiken durch einen gleichbleibend hohen Konsum von in-vitro-Fleisch anstatt konventionellem Fleisch verringert werden, ist derzeit jedoch nicht abschätzbar.

Weniger Tiere müssten leiden

Der größte Gewinn liegt aber in der Vermeidung millionenfachen Tierleids. Allein in Deutschland würde bei gleichbleibendem Fleischkonsum täglich 2 Millionen Tieren ein „Leben“ und Tötung in der Tierproduktion erspart bleiben. Zwar wird ein Tier benötigt, welchem die für die Züchtung des Laborfleischs nötigen Stammzellen entnommen werden kann. Die Stammzellenentnahme dauert jedoch nur wenige Minuten. Die möglichen Schmerzen einer Muskelbiopsie sind zwar noch unklar und ob Tiere am Leben bleiben, aber dauerhaft gequält würden, ist ebenfalls ungewiss. Darüber hinaus kommen bei der Entwicklung der Verfahren zur Herstellung von in-vitro-Fleisch bzw. bei der Grundlagenforschung im Bereich der Zellkultivierung oder regenerativen Medizin Tierversuche zum Einsatz. Ferner soll hier an die Probleme im Zusammenhang mit fötalem Kälberserum erinnert werden, s. o.

Allerdings kann sich jede für die Produktion benötigte Mutterzelle vielfach vermehren und jedes Spendertier besitzt Milliarden solcher Zellen. Somit könnte theoretisch eine Handvoll Spendertiere den weltweiten Fleischbedarf decken. Verglichen mit der konventionellen Tierproduktion ist dieser Vorgang also eine erhebliche Verbesserung.

Klassische Bedenken gegen kultiviertes Fleisch

„Kultiviertes Fleisch ist unnatürlich.“ Diese Aussage geht davon aus, dass alles unnatürliche schlecht, und alles natürliche gut sei. Eine solche Annahme stünde konsequenterweise auch beispielsweise medizinischen Eingriffen ablehnend gegenüber. Technische Weiterentwicklung als unnatürlich und somit nicht nutzenswert einzustufen kann im Ergebnis nicht überzeugen. Zudem stellt sich insbesondere die Frage, wie natürlich die konventionelle Fleischproduktion mit Massentierhaltung eigentlich ist.

„In-vitro-Fleisch führt zu einer Entfremdung zwischen Mensch und Tier.“ Die Entfremdung zwischen Mensch und Tier hat längst stattgefunden. Fleisch begegnet uns heute fertig abgepackt nicht selten in Form von Bärchen oder Gesichtern. Das Endprodukt Fleisch ist so weit wie möglich vom ursprünglichen Tier abstrahiert. Insoweit ist in-vitro-Fleisch nur ein weiterer Schritt.

„In-vitro-Fleisch wird die zentrale Rolle von Fleisch in der menschlichen Ernährung nicht schwächen.“ Das Fleischparadigma, also die gesellschaftliche Selbstverständlichkeit und Normalität, Fleisch zu konsumieren, würde nicht in Frage gestellt werden und stünde somit weiterhin im Widerspruch zum ethischen Veganismus.

Wenn man von einem rein pflanzlichen Nährmedium ausginge, würden zwar weiterhin Tiere für die Stammzellenentnahme benötigt, jedoch steht die massive Reduzierung tierischen Leids dem ethischen Veganismus nicht entgegen. Die Idee einer fleischlosen Gesellschaft wird wohl auch noch für eine längere Zeit eine solche bleiben, sodass im Ergebnis jeder Schritt hin zu weniger Tierproduktion auch aus einer ethisch veganen Sicht Unterstützung finden sollte.

„Solange die Produktion von in-vitro-Fleisch auf Kälberserum angewiesen ist, stellt in-vitro-Fleisch keinen ethischen Fortschritt dar.“ Dem lässt sich entgegenhalten, dass eine Reduzierung tierischen Leids jedenfalls ein Fortschritt ist. Weiterhin ist derzeit ohnehin davon auszugehen, dass fötales Kälberserum nur während des Forschungsprozesses verwendet wird und mit Marktreife eine pflanzliche Alternative zur Verfügung steht.

## Unser Fazit

Die Produktion von in-vitro-Fleisch und eine damit einhergehende Abkehr von konventionellem Fleisch birgt enormes ökologisches und ethisches Potential. Brandrodungen – i.d.R. für Tierfuttermittel –würden sich erübrigen. Der Großteil der Agrarflächen würde frei werden und könnte für Nahrungsmittelanbau genutzt werden. Wasserverbrauch sowie Wasserverschmutzung würde signifikant sinken. Auch wenn Bedenken hinsichtlich des hohen Energieverbrauchs oder des derzeit noch notwendigen Kälberserums bestehen: Unter dem Strich scheinen die Vorteile nach aktuellem Stand zu überwiegen.

Zweifellos bedarf es noch eines großen Forschungsaufwands und enormer Investitionen, um eine massenhafte Produktion von in-vitro-Fleisch gewährleisten zu können. Komplexere Fleischstrukturen die z. B. für ein Steak notwendig sind, sind noch nicht realisierbar. Wie die technischen Herausforderungen eines pflanzlichen Nährserums bewältigt werden können, ist noch offen. Die Kosten für einen in-vitro-Burgerpatty sind mit derzeit ca. 9 € immer noch deutlich höher als ein Patty aus konventionell erzeugtem Rindfleisch.

Dennoch halten wir den Ansatz, die konventionelle Fleischproduktion durch die Produktion von in-vitro-Fleisch zu ersetzen, für richtig. Einige Unternehmen gehen davon aus, in-vitro-Burger innerhalb der kommenden zwei Jahre auf den Markt bringen zu können.

In-vitro-Produkte können bedeutenden gesellschaftlichen Fortschritt bedeuten. Denn der kulturell tief verankerte Fleischkonsum, der bislang das Töten empfindungsfähiger Wesen in billionenfacher Höhe voraussetzt, prägt unser Verhältnis zu sogenannten „Nutztieren“. Durch kultiviertes Fleisch entfällt dieses billionenfache systematische Töten. Das Leid der Tiere könnte in den Vordergrund rücken und es ergäbe sich Raum, die menschengemachte und willkürliche Unterscheidung zwischen Nutz- und Haustier zu überwinden.

Bis zu einer massentauglichen und marktreifen Produktion und möglicherweise auch darüber hinaus sind pflanzliche Fleischalternativen die bessere Wahl. Bereits im Jahr 2010 hat das UN-Umweltprogramm festgestellt, dass eine wesentliche Reduzierung der Auswirkungen des Klimawandels nur mit einem grundsätzlichen globalen Ernährungswechsel – weg von tierischen Produkten – möglich ist. Insgesamt wird jedoch ein großer Teil der Verbraucher nicht ohne Fleisch leben wollen, sodass in-vitro-Fleisch langfristig wesentlicher Bestandteil einer tierleidfreien Gesellschaft sein kann.

## **Mitgliederversammlung am 29. Februar 2020**

### Beschluss B 6

---

Antragsteller: Jusos Kassel-Stadt

Adressat: SPD-Bezirksparteitag Hessen Nord  
SPD-Bundesparteitag  
Mitglieder der S&D-Fraktion  
SPD-Bundestagsfraktion

Betrifft: Gerechtigkeit für Zentralafrika



angenommen



abgelehnt



überweisen an:

#### **Die Mitgliederversammlung beschloss:**

Die Region Zentral- und Ostafrikas ist seit ihrer Unabhängigkeit aus der Kolonialzeit von Konflikten geplagt, die Verbrechen an der Menschlichkeit und Millionen Tote nach sich ziehen. Meist drehen sich die Konflikte um die reichen und seltenen Rohstoffvorkommen der Region. Auch die Europäische Union hat in diesen Konflikten keine glanzvolle Rolle gespielt und eher Rohstoff- als Menschenorientiert gearbeitet. Durch ein Minengesetz, das maßgeblich von der Weltbank beeinflusst wurde, ist es einigen internationalen Unternehmen möglich dort quasi steuerfrei zu schürfen. Die Arbeit für handwerkliche (artisanale) Schürfer wurde durch die Einführung des Dodd Frank Acts (USA) unmöglich gemacht, da ihre Erze nach dessen Vorschriften nicht länger gehandelt werden dürfen. Dadurch entstehen immer wieder bewaffnete Konflikte zwischen Dörfern oder Stämmen. Durch die internationale steuerfreie Ausbeutung und das Ausnutzen der politisch instabilen Verhältnisse, sowie das mehrmalige Einmischen in die Regierungen vor Ort entstehen immer wieder humanitäre Krisen. Hilfsorganisationen können und sollten das nicht auffangen müssen. In allen Anliegen um Zentral- und Ostafrika muss endlich das Wohl und Selbstbestimmungsrecht der Einwohner erste Priorität haben. Die S&D-Fraktion wird aufgefordert sich aktiv für die Gerechtigkeit und die Einhaltung der Menschenrechte in Zentralafrika, wie z. B. Ruanda, der Demokratischen Republik Kongo, Burundi u.a. einzusetzen. Es sollen Konzepte entwickelt werden, die nicht länger profitorientierte Ziele in den Vordergrund stellen. Den Menschen soll wieder ermöglicht werden zu arbeiten und sich selbst zu versorgen. Außerdem sollen

erste Produktionsschritte, wie die Veredelung, innerhalb der Landesgrenzen stattfinden. Bei Sorge um die Versorgung der europäischen Staaten mit Rohstoffen aus diesen Regionen sollen alternative Konzepte oder Recycling der Stoffe unterstützt und entwickelt werden. Auch eine Aufklärung der Verbraucher\*innen, darüber woher die Rohstoffe, die z.B. auch in Smartphones notwendig sind, kommen, soll stattfinden.

**Begründung:**

Erfolgte mündlich.

## **Mitgliederversammlung am 29. Februar 2020**

### Beschluss B 7

---

Antragsteller: SPD OV Harleshausen

Adressat: SPD-Bezirksparteitag  
SPD-Bundesparteitag  
SPD-Bundestagsfraktion  
Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

Betrifft: KFZ-Temporegelungen in der Bundesrepublik Deutschland

angenommen       abgelehnt       überweisen an:

#### **Die Mitgliederversammlung beschloss:**

Die SPD-Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen Bundesminister/innen werden aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass zur weiteren Behandlung der Einführung von Tempo 130 km/h auf Autobahnen.

1. Eine Enquete – Kommission eingesetzt und
2. auf dieser Grundlage ein Hearing (Anhörung von Fachleuten) im Umwelt- und Verkehrsausschuss des Bundes veranstaltet und auf diesen Grundlagen
3. der Deutsche Bundestag eine Entscheidung in dieser Angelegenheit trifft.

#### **Begründung:**

Erfolgte mündlich.

## **Mitgliederversammlung am 29. Februar 2020**

### Beschluss B 8

---

Antragsteller: SPD OV Harleshausen

Adressat: SPD-Bezirksparteitag  
SPD-Bundesparteitag  
SPD-Bundestagsfraktion  
SPD-Bundesminister/innen

Betrifft: Ergänzung der Maßstäbe der KFZ-Steuer



angenommen



abgelehnt



überweisen an:

#### **Die Mitgliederversammlung beschloss:**

Die SPD-Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen Bundesminister/innen, sowie ggf. die sozialdemokratisch geführten Landesregierungen werden aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass zur weiteren Präzisierung der Lenkungswirkung der KFZ-Steuer, nach der nun erfolgten CO<sub>2</sub> Emissionsausrichtung der KFZ-Steuer, zusätzlich noch die leicht kontrollierbaren Merkmale von Fahrzeug-Gewicht und Fahrzeug-Grundfläche eingearbeitet werden.

#### **Begründung:**

Wegen der Inanspruchnahme des öffentlichen Straßenraumes bei rollendem wie ruhendem Verkehr, im Sinne des Verursacherprinzips und hinsichtlich der anfallenden Kosten.

Die weitere Begründung erfolgte mündlich.

# Mitgliederversammlung am 29. Februar 2020

## Beschluss I 1

---

Antragsteller: SPD OV Wehlheiden

Adressat: SPD-Bezirksparteitag  
SPD-Bezirksvorstand Hessen-Nord  
SPD-Bundesparteitag  
SPD-Parteivorstand  
SPD-Parteikonvent

Betrifft: Arbeitsgemeinschaften in der SPD



angenommen



abgelehnt



überweisen an:

### Die Mitgliederversammlung beschloss:

Wir fordern den Parteivorstand auf, den Richtlinien-Beschluss vom 10.2.2020 umgehend aufzuheben und auf der Grundlage bereits bestehender Vorschläge zu einer mit den Arbeitsgemeinschaften im Einvernehmen geregelten Organisationsreform zu kommen.

### Begründung:

Arbeitsgemeinschaften haben für die Aussenwirkung und Bindungskraft unserer Partei neben den Ortsvereinen zentrale Bedeutung, vor allem für unsere Verankerung bei den Frauen, in der Arbeitnehmerschaft, in bestimmten gesellschaftlichen Gruppierungen, Milieus und Altersgruppen. Insbesondere während des Prozesses zum Mitgliedervotum im Jahr 2019 wurde dies immer wieder herausgearbeitet und von den BewerberInnen bekräftigt.

Die bestehenden elf Arbeitsgemeinschaften sind im Unterschied zu anderen bundesweiten Zusammenhängen in der SPD von der Mitgliederbasis bis zur Bundesebene durch Wahlen und Delegationssysteme demokratisch legitimiert. Ihr Aufbau und ihre Aufgaben regelt der Parteivorstand durch Richtlinien.

Der Beschluss des Parteivorstandes vom 10. Februar 2020 bedeutet insbesondere für die klassischen größeren Arbeitsgemeinschaften eine erhebliche Zäsur, die ihre Existenz bedroht.

- Die Ausdünnung der Delegiertenbasis und Vorstände reduziert die Repräsentativität und Kommunikationsmöglichkeiten erheblich.
- Die Einschränkungen bei den Sitzungsintervallen und die Verpflichtung, in Berlin zu tagen, bedeuten im Ergebnis Abgehobenheit und regionale Ungleichgewichte.
- Die Streichung sämtlicher Ressourcen für aussenwirksame Aktivitäten außerhalb des festgelegten, 2013 um ein Drittel gekürzten Budgets beraubt die Arbeitsgemeinschaften



praktisch aller Handlungsmöglichkeiten und erhöht die Abhängigkeit der gesamten Partei von den Mandatsträgern.

- Existenzgefährdend ist, zumindest für die größeren Arbeitsgemeinschaften, die zukünftige Verpflichtung aller „Aktiven“, sich schriftlich registrieren zu lassen. Weder die Gliederungen der Partei noch die Geschäftsstellen sind auf absehbare Zeit in der Lage, diesen enormen Aufwand zu leisten. Noch dazu bestehen erhebliche datenschutzrechtliche Probleme. Es fehlen bisher jegliche Vorstellungen über die praktische Umsetzung dieser Vorgabe.

Besonderheiten für die AfA:

Die Verankerung der SPD in der Arbeitnehmerschaft, also in neunzig Prozent der Gesellschaft, ist für die SPD eine Existenzfrage. Die Wahlergebnisse seit 2005 weisen hier eine dramatische, sich beschleunigende negative Dynamik auf. Mittlerweile liegen die Wähleranteile der SPD als traditionelle Partei der Arbeitnehmerschaft in diesem Bereich an vierter bis fünfter Stelle. Immer wieder wird darauf hingewiesen, wie wichtig der Wiederaufbau eines zweiten Standbeines über die Arbeitswelt, Betriebsgruppen, Betriebs- und Personalräte, Gewerkschaften und Betriebs-Vertrauensleute wäre. Dies wäre aller Mühen einer Organisationsreform wert gewesen.

# Mitgliederversammlung am 29. Februar 2020

## Beschluss I 2

---

Antragsteller: Jusos  
Adressat: SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung  
SPD-Mitglieder im Kasseler Magistrat  
Betrifft: Kampf gegen Rassismus ist Zivilcourage!



angenommen



abgelehnt



überweisen an:

### **Die Mitgliederversammlung beschloss:**

Zivilcourage. Dort, wo Personen von Rassismus betroffen sind, stehen wir für Freiheit, Gleichheit und Solidarität. Die drei rechtsextremen Gewalttaten in Kassel, Halle und Hanau dürfen nicht ohne Konsequenzen bleiben. Auch die Aufdeckung rechtsextremer Strukturen, wie bei den Gruppen Hannibal und Gruppe S zeigen, dass wir das bisherige Engagement im Kampf gegen Rechtsextremismus und Rassismus nochmals verstärken müssen.

Wir fordern, dass sich die SPD-Fraktion und der Magistrat dafür einsetzen, dass eine Anlaufstelle für Menschen, die von Rassismus betroffen sind, eingerichtet wird. Personen, die im öffentlichen Raum, im Umgang mit Behörden oder auch während ihrer Arbeit im Verwaltungsapparat der Stadt Kassel betroffen sind, brauchen unseren Schutz! Für die Umsetzung sollen zwei Diversitätsstellen geschaffen werden. In ihren Aufgabenbereich fällt die Koordination für Bildungsangebote für Unternehmen, Vereine, Verbände, Organisationen und die Zivilgesellschaft. Das Ziel dieses Bildungsangebots ist es die Stadtgesellschaft für strukturellen Rassismus zu sensibilisieren. Um einen Überblick über die Diversitätslage in der Stadt Kassel zu erhalten, benötigen wir darüber hinaus eine Evaluation der momentanen Angebote und eine Erhebung von Gleichstellungsdaten.

Außerdem schließen wir uns der Forderungen der Bildungsstätte Anne Frank an und fordern die Anerkennung und Stärkung aller zivilgesellschaftlichen Akteure und

Netzwerke, die sich für die akute Hilfe nach rassistischen Gewalttaten sowie darüber hinaus für eine solidarische und gewaltfreie Gesellschaft einsetzen.

**Begründung:**

Erfolgte mündlich.

## **Mitgliederversammlung am 29. Februar 2020**

### Beschluss I 3

---

Antragsteller: Wolfgang Decker

Betrifft: Resolution der Mitgliederversammlung der Kasseler SPD  
zum Standorterhalt von GE Grid in Kassel



angenommen



abgelehnt



überweisen an:

#### **Die Mitgliederversammlung beschloss:**

Die französisch geführte AIS Produktlinie von GE Grid hat am 20. Februar 2020 im Rahmen einer Mitarbeiter\*innenversammlung bekannt gegeben, dass die Kasseler Fabrik geschlossen werden soll. Der Hersteller von Leistungsschaltern, Hybrid-Kompakt-Schaltanlagen und Messwandlern gehört zum US-amerikanischen Konzern General Electric (GE) und beschäftigt in Kassel derzeit rund 200 Fabrik-Mitarbeiter\*innen. Die Produkte sollen weltweit auf fünf Standorte verlagert werden. Nur rund 100 Mitarbeiter\*innen des Betriebsteils „Service“ könnten nach der Planung in Kassel verbleiben.

Das negative Ergebnis des Kasseler Standorts im Jahr 2019, das das Unternehmen als Grund für die Zerschlagungspläne genannt hat, ist nicht in Kassel zu verantworten. Ausschlaggebend hierfür sind vielmehr Fehlentscheidungen des Managements in Paris und Qualitätsprobleme an anderen Standorten. So hat es das Produktlinienmanagement von 2017 bis heute nicht geschafft, Zulieferteile aus dem eigenen GE Standort in Indien in der nötigen Qualität in Kassel zu liefern. Die darauf entstandenen immensen Nacharbeiten beim Messwandler haben eine Wirtschaftlichkeit dieses Bereiches unmöglich gemacht und beim Kunden den Ruf des Standortes Kassel unverschuldet geschädigt. Die Bereiche Leistungsschalter und Hybrid-Kompakt-Schaltanlagen, die von diesen Zulieferproblemen nicht betroffen waren, haben bereits 2019 ein positives Betriebsergebnis erzielt.

Die betrieblichen Interessenvertretungen hatten auf diese Probleme frühzeitig und nachhaltig hingewiesen. Gemeinsam mit dem Wirtschafts- und Beratungsunternehmen INFO-Institut wurden verschiedene Szenarien analysiert und dem Produktlinienmanagement von GE Grid präsentiert. Die vorgeschlagenen

Szenarien haben Wege für eine langfristige Wirtschaftlichkeit des Standortes Kassel aufgezeigt.

Der UB-Parteitag der SPD Kassel fordert die verantwortlichen Manager von GE Grid auf, die vorgeschlagenen Szenarien umzusetzen und die Produktion in Kassel zu erhalten.

Entlassungen und Betriebsschließungen sind keine Lösung für die wirtschaftliche Situation von GE Grid.

**Begründung:**

Erfolgte mündlich.

## **Mitgliederversammlung am 29. Februar 2020**

Beschluss K 1 gemeinsam mit K 11  
Beratungsgrundlage ist K 1

---

Antragsteller: SPD OV Wehlheiden

Adressat: SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung der  
Stadt Kassel  
SPD-Unterbezirksvorstand Kassel-Stadt

Betrifft: Weiterentwicklung der Altenpflege / Herausforderung für  
die Stadtgesellschaft



angenommen



abgelehnt



überweisen an:

### **Die Mitgliederversammlung beschloss:**

I.

Die SPD in der Stadt Kassel bekennt sich auf der Grundlage des vom Bundesparteitag der SPD am 7.12.2019 beschlossenen Sozialstaatskonzept dazu, dass der Betrieb von qualifizierten Altenpflegeeinrichtungen Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge und somit verpflichtende Aufgabe von Städten, so auch der Stadt Kassel, ist.

Die SPD der Stadt Kassel erkennt die Sicherstellung von zukunftssicheren Rahmenbedingungen zu Begegnung des Hilfebedarfs insbesondere älterer Menschen, auch unter den Herausforderungen des demographischen Wandels, als zentrale Aufgabe der Stadtgesellschaft. Jeder Bürger, jede Bürgerin der Stadt Kassel soll sicher sein, auch im Alter in der Stadt in Sicherheit und Geborgenheit leben zu können.

Pflege ist für uns deshalb ein Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Länder, Landkreise und Kommunen sollen mehr Möglichkeiten haben, darüber zu entscheiden, wo Heime entstehen und in welcher Trägerschaft. So können sie ihren Sicherstellungsauftrag besser gewährleisten.

II.

Die Stadt Kassel sorgt in Kooperation mit den Trägern stationärer und ambulanten

Altenpflege im Bereich der Stadt dafür, dass im Bereich der Stadt für die stationäre und ambulante Altenpflege benötigte Fachpersonal ausreichend vorhanden ist. Sollte solches Personal im Bereich der Stadt Kassel und ihrem Einzugsgebiet nicht akquiriert werden können, baut die Stadt Kassel geeignete Strukturen auf, um qualifiziertes Pflegepersonal gegebenenfalls aus anderen Regionen Deutschlands, der Europäischen Union und auch aus Staaten außerhalb der Europäischen Union zu akquirieren.

In diesem Zusammenhang ist ebenfalls für geeignete Anpassungs- und Anerkennungsmaßnahmen insbesondere für im Ausland erworbene fachliche Ausbildungsabschlüsse, ausreichend geeigneten Wohnraum und ein System zur qualifizierten gesellschaftlichen Integration im Ausland akquirierter Pflegefachkräfte zu sorgen.

**Begründung:**

Erfolgte mündlich.

## **Mitgliederversammlung am 29. Februar 2020**

Beschluss K 2 gemeinsam mit K 9  
Beratungsgrundlage ist K 2

---

Antragsteller: OV Vorderer Westen

Adressat: SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung der  
Stadt Kassel  
SPD-Mitglieder im Kasseler Magistrat

Betrifft: Aktiver Klima- und Artenschutz - „Sedum“ für Kassels  
Haltestellendächer



angenommen



abgelehnt



überweisen an:

### **Die Mitgliederversammlung beschloss:**

Wir fordern:

Für alle zukünftigen Haltestellendächer und bei Sanierung der Bestehenden, sollen die Dächer mit „Sedum“ oder ähnliche geeignete Pflanzenarten, welche als Bienenweide fungieren, bepflanzt werden. Die klassische Bienenweide ist als Dachbegrünung nicht geeignet, daher werden die Dachflächen wie folgt aufgebaut:

- Dachabdichtung
- Drainagebahn
- Extensivsubstrat (leicht) als Vegetationstragschicht für Extensivbegrünung auf Dachflächen mit geringer Tragfähigkeit, strukturstabilisiert für breites Pflanzenspektrum geeignet.
- Extensivbegrünung mit Sedumsprossen ca. 50mg/m<sup>2</sup> in mindestens 4-5 Arten und mindestens 25 verschiedenen Kräutern

Zu den Bus- und Bahnhaltestellen werden sämtliche Verkehrsrechnerhäuser in Kassel mit den o.g. Aufbau begrünt.

### **Begründung:**

Die Dächer der Bus und Straßenbahnhaltestellen sind nicht so hoch wie viele andere Flachdächer, dadurch herrscht wenig Wind und eine gute Sonneneinstrahlung. Das sind beste Voraussetzungen, um den Insekten ein zusätzliches Nahrungsangebot zu ermöglichen. Die Pflanzen eignen sich zudem ideal zur Dachbepflanzung, da sie robust, winterhart und resistent sind. Die Pflanzen besitzen einen weiteren positiven Effekt, denn sie



filtern Feinstaub aus der Luft und sind ein guter Regenwasserspeicher. Deshalb müssen sie seltener gegossen werden und spenden an heißen Tagen etwas Abkühlung.

## **Mitgliederversammlung am 29. Februar 2020**

Antrag K 3 gemeinsam mit K 10  
Beratungsgrundlage ist K 10

---

Antragsteller: OV Vorderer Westen

Adressat: SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung der  
Stadt Kassel  
SPD-Mitglieder im Kasseler Magistrat

Betrifft: 5000 Bäume für Kassel bis 2024

angenommen       abgelehnt       überweisen an:

### **Die Mitgliederversammlung möge beschließen:**

Wir fordern:

Die Gründung eines Projekts, welches sich zum Ziel setzt, dass bis 2024 in Kassel 5000 Bäume gepflanzt werden.

### **Begründung:**

Die Folgen des Klimawandels sind längst nicht mehr nur in den Nachrichten sichtbar. In immer mehr Ländern der Erde, an den Küsten, auf den Wetterkarten der Meteorologen zeigen sich unübersehbar die Folgen der menschengemachten Klimaveränderungen. Überall wird unvermeidliches CO<sup>2</sup> produziert. Mancherorts lässt sich der Ausstoß des schädlichen Treibhausgases reduzieren, andere Emissionen werden unvermeidlich bleiben. Deshalb fordern wir, dass bis 2024 5000 Bäume gepflanzt werden. Durch dieses Aufforstungsprojekt setzt die SPD Kassel sichtbare Zeichen gegen den Klimawandel und hilft, die Folgen von Waldsterben und klimaschädlichen Entwicklungen abzumildern. Mit aktivem Umweltschutz vor Ort können wir handeln und das Klima vor Ort schützen. Für die anstehenden Wahlkämpfe ist es zudem wichtig, dass die SPD Kassel eigene Akzente im Kampf gegen den Klimawandel setzt.

### **Gestaltung des Projekts**

Das Projekt soll nach Möglichkeit so gestaltet werden, dass die Bürger dieser Stadt an diesem Prozess beteiligt werden. So können sie geeignete Stellen sowie private Standorte vorschlagen. Des Weiteren sollen auch Schulen und alle anderen, die mögliche Flächen zur Verfügung stellen möchten, daran teilnehmen. Es soll zudem die Möglichkeit bestehen, dass für dieses Projekt gespendet werden kann.

# **Mitgliederversammlung am 29. Februar 2020**

## Beschluss K 4

---

Antragsteller: Jusos Kassel-Stadt

Adressat: SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung  
der Stadt Kassel  
SPD-Mitglieder im Kasseler Magistrat

Betrifft: Solidarische Drogenstrategie für Kassel



angenommen



abgelehnt



überweisen an:

### **Die Mitgliederversammlung beschloss:**

Es soll eine Drogenstrategie für Kassel entworfen werden, die Süchtige schützt, unterstützt und versteht. Dafür soll mehr aufsuchende Sozialarbeit stattfinden. Es soll ein Ort geschaffen werden, an dem es möglich ist, sich aufzuhalten und auch zu konsumieren, sowie auch zu übernachten, falls das nötig ist. Eine Möglichkeit zum Entzug sollte immer geboten werden, nicht aber Bedingung für eine Unterbringung sein, da solche Konzepte schon existieren und nicht immer und für alle Abhängigen funktionieren. Auch die Aufstellung von Automaten, an denen kostenfrei saubere Bestecke abgeholt werden können, sollte Teil des Konzeptes werden.

### **Begründung:**

In der Innenstadt und einigen Gebieten der Stadtteile gibt es Plätze an denen sich Menschen treffen, um gemeinsam Drogen oder Alkohol zu konsumieren. Trotzdem führt das öffentliche Konsumieren immer wieder zu Ärgernissen oder Konflikten mit anderen Stadtbewohner\*innen. Im Winter kann es durch Kälte auch gefährlich werden sich lange im Freien aufzuhalten. Auch das Konsumieren unter unhygienischen Bedingungen kann gefährlich sein und im schlimmsten Fall zum Tod führen.

# Mitgliederversammlung am 29. Februar 2020

## Beschluss K 5

---

Antragsteller: Jusos Kassel-Stadt

Adressat: SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung  
der Stadt Kassel  
SPD-Mitglieder im Kasseler Magistrat

Betrifft: Plattform: Zukunft der Mobilität in Kassel



angenommen



abgelehnt



überweisen an:

### **Die Mitgliederversammlung beschloss:**

Die SPD in Kassel setzt sich für die Schaffung einer integrierten Mobilitätsplattform am Vorbild des Berliner Bündnisses für „Mobilität von Morgen“ für Busse und Bahnen, Sharing-Angebote, Taxis und On-Demand-Services in der Region Kassel ein. Alle Schritte von der Routenplanung über die Reservierung bis hin zum Bezahlvorgang sollen über eine App möglich sein. Der Aufbau der Plattform soll durch einen partizipativen Prozess mit einem breiten Mobilitätsbündnis aus regionalen (Verkehrs-)unternehmen und Bürger\*innen gestaltet werden.

Wir setzen zudem auf GTFS (General Transit Feed Specification), ein digitales Austauschformat für Fahrpläne des öffentlichen Personenverkehrs und andererseits auf MDS (Mobility Data Specification), ein von Los Angeles entwickelter Standard zur Festlegung von Abgabebzonen von Sharingangeboten um den umweltfreundlichen Nahverkehr zu digitalisieren.

### **Begründung:**

Kassel ist eine Stadt im Wandel. Neben den klassischen Nahverkehrs-Angeboten gibt es mittlerweile eine Reihe weiterer Mobilitätsangebote abseits des eigenen Autos. Sharing-Dienste, Sammeldienste und Leihfahrräder bieten hierbei umweltfreundliche Alternativen an, die den Straßenverkehr nachhaltig entlasten können. Eine einheitliche Plattform für alle Optionen von A nach B zu kommen, bietet die Gelegenheit verschiedene Mobilitätsformen kennenzulernen und zu nutzen. Die Vernetzung der Angebote ermöglichte es Bürger\*innen sich ihren Anforderungen entsprechend ihren Weg durch die Stadt zusammenstellen. Das Zusammenführen von der Routenplanung, der Buchung und des Bezahlvorgangs vereinfacht die Nutzung der verschiedenen Mobilitäts-Angebote.

## **Mitgliederversammlung am 29. Februar 2020**

### Beschluss K 6

---

Antragsteller: Jusos Kassel-Stadt

Adressat: SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung  
der Stadt Kassel  
SPD-Mitglieder im Magistrat

Betrifft: Ist die Umwelt heiß, vergib einen Umweltpreis



angenommen



abgelehnt



überweisen an:

#### **Die Mitgliederversammlung beschloss:**

Wir fordern die SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung dazu auf, sich für das Ausschreiben eines neuen Schul-Ideenwettbewerbs mit einem jährlich vergebenen Umweltpreis an Schulklassen oder -gruppen einzusetzen. Dieser soll beispielweise unter dem Motto: „Kassel – das nachhaltigste Zuhause“ aufgrund von ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Kriterien von einer Jury (bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern des Umweltausschusses und des Magistrats) beispielsweise am Tag der Erde vergeben werden. Der erste Platz ist dotiert mit 5000€, der zweite Platz mit 2000€ und der dritte Platz mit 1000€. Was mit dem Preisgeld gemacht wird, sollte der Gewinnergruppe freistehen. Die erarbeiteten Ideen, mindestens Platz 1-3, werden in einer Magistratsvorlage den Stadtverordneten zur Abstimmung vorgelegt.

#### **Begründung:**

Statt nur über Nachhaltigkeit und Ökologie zu sprechen, möchten wir aktiv jene Ideen fördern, die das Leben in der Stadt Kassel ein Stück weit ökologischer und nachhaltiger machen. Das mutige Umsetzen von Ideen ist dabei ein wichtiger Faktor.

## **Mitgliederversammlung am 29. Februar 2020**

### Beschluss K 7

---

Antragsteller: Jusos Kassel-Stadt

Adressat: SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung  
der Stadt Kassel  
SPD-Mitglieder im Kasseler Magistrat

Betrifft: Informationskampagne zur Kommunalwahl für  
EU-Bürger\*innen



angenommen



abgelehnt



überweisen an:

#### **Die Mitgliederversammlung beschloss:**

Die SPD in Kassel setzt sich für die Durchführung einer wirksamen mehrsprachigen Informationskampagne zur Steigerung der Wahlbeteiligung bei der Kommunalwahl in der Gruppe der in Kassel lebenden EU-Bürger\*innen ein.

#### **Begründung:**

Im Jahr 2018 stammten etwa 53 Prozent der im Jahr 2018 in die Bundesrepublik Zugewanderten aus einem Staat der Europäischen Union. EU-Staatsbürger\*innen, die in der Bundesrepublik leben, haben das aktive und passive Wahlrecht bei Kommunalwahlen. Die documenta-Stadt Kassel ist als international renommierte Stadt ebenso von dieser Entwicklung betroffen, wie der Rest des Landes. Laut Migrationsbericht der Stadt Kassel lebten im Jahr 2017 über 10.000 EU-Ausländer\*innen in der Stadt Kassel. Die demokratische Teilhabe von EU-Bürger\*innen stellt eine große Herausforderung für das Gelingen der transnationalen europäischen Demokratie dar. Die Stadt Kassel setzt sich mit dieser Informationskampagne nachhaltig für die Steigerung der Wahlbeteiligung und für die Stärkung der Demokratie vor Ort ein.

## **Mitgliederversammlung am 29. Februar 2020**

### Antrag K 8

---

Antragsteller: Jusos Kassel-Stadt

Adressat: SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung  
der Stadt Kassel  
SPD-Mitglieder im Kasseler Magistrat

Betrifft: Europäische Jugendbegegnungen fördern und  
internationale Jugendarbeit stärken

angenommen

abgelehnt

überweisen an:  
„Wahlprogrammkommission“

#### **Die Mitgliederversammlung beschloss:**

Die SPD in Kassel setzt sich für die Stärkung und den Ausbau des europäischen Jugendaustauschs in Form von internationalen Jugendbegegnungen ein. Dazu gehört ein personeller Ausbau der halben Stelle für internationale Jugendarbeit des Kommunalen Jugendbildungswerks auf zwei volle Planstellen. Das Ziel ist es möglichst viele Jugendliche über die Möglichkeiten des Europäischen Jugendaustauschs zu informieren, finanziell benachteiligte Jugendliche besser zu fördern und das Angebot an Austauschprojekten auszubauen.

#### **Begründung:**

ERASMUS-geförderte Internationale Jugendbegegnungen (Kurzzeit-Begegnungen in Gruppen) in Kassel sind seit vielen Jahren ein erfolgreiches Beispiel für Europäischen Jugendaustausch. Eine Langzeit-Studie der Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik hat gezeigt, dass Teilnehmer\*innen an internationalen Jugendbegegnungen selbst 10 Jahr nach der Begegnung noch von nachhaltigen Auswirkungen auf die Persönlichkeitsentwicklung berichten. Europa bleibt das größte geopolitische Friedensprojekt unserer Zeit. Der Jugendaustausch leistet hierbei einen wichtigen Beitrag zur Völkerverständigung und zum Erhalt dieses Friedensprojekts.

## **Mitgliederversammlung am 29. Februar 2020**

Antrag K 9 erledigt mit K2

---

Antragsteller: Jusos Kassel-Stadt

Adressat: SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kassel  
SPD-Mitglieder im Kasseler Magistrat

Betrifft: Aktiver Klima- und Artenschutz - „Sedum“ für Kassels Haltestellendächer

angenommen

abgelehnt

überweisen an:

### **Die Mitgliederversammlung möge beschließen:**

Für alle zukünftigen Haltestellendächer und bei Sanierung der Bestehenden, sollen die Dächer mit „Sedum“ oder ähnliche geeignete Pflanzenarten, welche als Bienenweide fungieren, bepflanzt werden.

### **Begründung:**

Die Dächer der Bus und Straßenbahnhaltestellen sind nicht so hoch wie viele andere Flachdächer, dadurch herrscht wenig Wind und eine gute Sonneneinstrahlung. Das sind beste Voraussetzungen, um den Insekten ein zusätzliches Nahrungsangebot zu ermöglichen. Die Pflanzen eignen sich zudem ideal zur Dachbepflanzung, da sie robust, winterhart und resistent sind. Die Pflanzen besitzen einen weiteren positiven Effekt, denn sie filtern Feinstaub aus der Luft und sind ein guter Regenwasserspeicher. Deshalb müssen sie seltener gegossen werden und spenden an heißen Tagen etwas Abkühlung.



## **Mitgliederversammlung am 29. Februar 2020**

Beschluss K 10 gemeinsam mit K 3  
Beratungsgrundlage ist K 10

---

Antragsteller: Jusos Kassel-Stadt

Adressat: SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung  
der Stadt Kassel  
SPD-Mitglieder im Kasseler Magistrat

Betrifft: 7000 Bäume für Kassel



angenommen



abgelehnt



überweisen an:

### **Die Mitgliederversammlung beschloss:**

Die Gründung eines Projekts, welches sich zum Ziel setzt, dass bis 2024 in Kassel 7000 Bäume gepflanzt werden. Die Bäume sollen über das gesamte Stadtgebiet verteilt werden.

Das Projekt soll nach Möglichkeit so gestaltet werden, dass die Bürger\*innen dieser Stadt an diesem Prozess beteiligt werden. So können sie geeignete Stellen sowie private Standorte vorschlagen. Des Weiteren sollen auch Schulen und alle anderen, die mögliche Flächen zur Verfügung stellen möchten, daran teilnehmen. Es soll zudem die Möglichkeit bestehen, dass für dieses Projekt gespendet werden kann.

### **Begründung:**

Die Folgen des Klimawandels sind längst nicht mehr nur in den Nachrichten sichtbar. In immer mehr Ländern der Erde, an den Küsten, auf den Wetterkarten der Meteorologen zeigen sich unübersehbar die Folgen der menschengemachten Klimaveränderungen. Überall wird unvermeidliches CO<sup>2</sup> produziert. Mancherorts lässt sich der Ausstoß des schädlichen Treibhausgases reduzieren, andere Emissionen werden unvermeidlich bleiben. Deshalb fordern wir, dass bis 2024 5000 Bäume gepflanzt werden. Durch dieses Aufforstungsprojekt setzt die SPD Kassel sichtbare Zeichen gegen den Klimawandel und hilft, die Folgen von Waldsterben und klimaschädlichen Entwicklungen abzumildern. Mit aktivem Umweltschutz vor Ort können wir handeln und das Klima vor Ort schützen. Für die anstehenden Wahlkämpfe ist es zudem wichtig, dass die SPD Kassel eigene Akzente im Kampf gegen den Klimawandel setzt.

Insbesondere wird so ein wichtiger Beitrag zur Abkühlung des regionalen Klimas geleistet.

## **Mitgliederversammlung am 29. Februar 2020**

Antrag K 11 erledigt mit K 1

---

Antragsteller: AG 60 plus Kassel-Stadt  
Adressat: SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kassel  
Betrifft: SWA GmbH

angenommen

abgelehnt

überweisen an:

### **Die Mitgliederversammlung möge beschließen:**

I.

Die SPD Kassel bekennt sich auf der Grundlage des vom Bundesparteitag der SPD am 07.12.2019 beschlossenen Sozialstaatskonzepts dazu, dass der Betrieb von qualifizierten Altenpflegeeinrichtungen Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge und somit verpflichtende Aufgabe von Städten, so auch der Stadt Kassel, ist.

II.

Die SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kassel wird aufgefordert, einen Antrag mit folgendem Inhalt in die Stadtverordnetenversammlung einzubringen:

1. Das Konzept der GNH AG zur Neuordnung der AG wird so weiter entwickelt, dass eine Veräußerung der SWA GmbH nicht mehr vorgesehen wird. Das gegenwärtig laufende diesbezügliche Bieterverfahren wird sofort aufgehoben.

2. Die SWA GmbH wird aus der GNH AG ausgegliedert.

3. Die SWA GmbH wird auf der Grundlage des Eigenbetriebsgesetzes des Landes Hessen vom 09.09.1989 i. d. F. vom 14.07.2016 in einen Eigenbetrieb umgewandelt und künftig als Eigenbetrieb der Stadt Kassel geführt. In diesem Zusammenhang soll geprüft werden, ob dem unter Würdigung aller Gesamtumstände eine künftige Führung der SWA GmbH als Regiebetrieb der Stadt Kassel vorzuziehen ist.

4. Die Vertreter\*innen der Stadt Kassel in den Organen der GNH AG werden aufgefordert, eine Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung zur Ausgliederung der SWA GmbH aus der GNH AG und Rückübertragung an die Stadt Kassel in den Organen der GNH AG umzusetzen.

### **Begründung:**

Erfolgte mündlich.

## **Mitgliederversammlung am 29. Februar 2020**

### Beschluss O 1

---

Antragsteller: Jusos Kassel-Stadt  
Adressat: Unterbezirksvorstand Kassel-Stadt  
Betrifft: Nachhaltigkeitscheckliste für Parteiveranstaltungen



angenommen



abgelehnt



überweisen an:

#### **Die Mitgliederversammlung beschloss:**

Der SPD Unterbezirksparteitag möge beschließen, dass der Unterbezirksvorstand eine Nachhaltigkeitscheckliste für Parteiveranstaltungen erarbeitet und einführt.

Diese sollte sich an dem „Leitfaden für die nachhaltige Organisation von Veranstaltungen“ vom Umweltbundesamt orientieren.

Dazu sollte hinterfragt werden, inwiefern zum Beispiel Plastik verwendet werden muss, Dokumente ausgedruckt werden und ob der Veranstaltungsort mit dem ÖPNV erreicht werden kann.

#### **Begründung:**

Erfolgte mündlich.

## **Mitgliederversammlung am 29. Februar 2020**

### Antrag O 2

---

Antragsteller: Jusos Kassel-Stadt

Adressat: SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung  
der Stadt Kassel  
SPD-Mitglieder im Kasseler Magistrat

Betrifft: ÖPNV für Alle

angenommen

abgelehnt

überweisen an:  
Unterbezirksvorstand

#### **Die Mitgliederversammlung möge beschließen:**

Eine Antwort von uns Sozialdemokrat\*innen auf einen sozial verträglichen Klimaschutz muss immer ein preisgünstiger, inklusiver und flächendeckender Nahverkehr sein! Neben technischen Innovationen benötigen wir aber auch eine Reform der ÖPNV-Finanzierung um eine gelingende Verkehrswende zu gewährleisten. Nur wenn der ÖPNV als Verkehrsträger der Zukunft wahrgenommen wird, steigen die Menschen auch vom Auto auf den öffentlichen Nahverkehr um. Dafür soll eine Arbeitsgruppe aus Unterbezirksvorstand, Arbeitsgruppen und Stadtverordnetenvertreter\*innen einberufen werden, welche ein Konzept für einen umlagefinanzierten ÖPNV für die Stadt Kassel erarbeiten, der von allen Bürger\*innen kostenlos genutzt werden kann.

Die Arbeitsgruppe soll kein fertiges Konzept und keine Finanzierung erarbeiten, sondern sozialdemokratische Ideen für einen Leitantrag sammeln. Auch sollen eine Umlage über die Gewerbesteuer und eine Citytax für Tourist\*innen geprüft werden.

#### **Begründung:**

Erfolgte mündlich.

## **Mitgliederversammlung am 29. Februar 2020**

### **Antrag O 3 wurde zurückgezogen**

---

Antragsteller: Jusos Kassel-Stadt

Adressat: Juso Hessen-Nord Bezirkskonferenz  
Juso-Bundeskonferenz  
SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt  
SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord  
SPD-Landesparteitag Hessen  
SPD-Bundesparteitag

Betrifft: Vorwärts-Frage für alle

angenommen       abgelehnt       überweisen an:

#### **Die Mitgliederversammlung möge beschließen:**

Alle neuen und aktuellen SPD-Mitglieder sollen per Mail, wenn keine E-Mail-Adresse vorhanden ist per Post, befragt werden, ob sie den Vorwärts zukünftig als Print- oder als Digital-Ausgabe erhalten wollen, um langfristig sowohl Ressourcen als auch Kosten für unnötig gedruckte und versendete Zeitungen einzusparen.

#### **Begründung:**

Die Bestrebungen der Bundespolitik nachhaltig und ressourcenschonend zu haushalten muss sich auch innerparteilich zeigen. Aktuell erhält ein Großteil der SPD-Mitglieder automatisch die Printausgabe des Vorwärts, auf der Homepage des Vorwärts befindet sich zudem keine Möglichkeit, die Print-Ausgabe zugunsten der digitalen abzubestellen. Ganz im Gegenteil, ein Abonnement kann nur als Printausgabe erhalten werden. Es genügt nicht auf ausdrückliche Einzelanfragen der Mitglieder eine Umstellung zu ermöglichen, nur durch eine alle Mitglieder umfassende Abfrage kann gewährleistet werden, dass sich alle aktuellen und zukünftigen Mitglieder mit dieser Frage auseinandersetzen und die Notwendigkeit einer Print-Ausgabe hinterfragen.

# Mitgliederversammlung am 29. Februar 2020

## Beschluss R 1

---

Antragsteller: SPD OV Vorderer Westen

Adressat: SPD-Bezirksparteitag Hessen Nord  
SPD-Bundesparteitag  
SPD-Bundestagsfraktion  
SPD-Landesparteitag  
SPD-Landtagsfraktion  
SPD Bundesministerinnen und Bundesminister  
S&D Fraktion im Europäischen Parlament

Betrifft: Kampf gegen Rechtsextremismus verstärken



angenommen



abgelehnt



überweisen an:

### **Die Mitgliederversammlung beschloss:**

Die SPD mit ihrer Geschichte und Tradition muss eine eindeutige und unerschütterliche Haltung gegenüber Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus sowie jeder weiteren gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit einnehmen und bewahren.

Die Grundwerte der SPD verpflichten uns zur Solidarität mit Schutzbedürftigen, dem Widerspruch zu rassistischen Äußerungen in unserer Partei und in unserem Bekanntenkreis. Die SPD versteht Deutschland und die EU als divers und vielfältig. Sie ist sich der kolonialen und nationalsozialistischen Vergangenheit bewusst und will es, Menschen aus anderen Ländern ermöglichen hier eine Heimat zu finden.

Das bedeutet konkret:

- Wir sehen in antifaschistischen Aktivistinnen und Akteuren der politischen Bildung unsere natürlichen Verbündeten. Wir versuchen Gräben zu überwinden
- Die Gemeinnützigkeit der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ muss erhalten werden
- Das Bundesprogramm „Demokratie leben“ muss aufgestockt und in ein Demokratiefördergesetz überführt werden
- eine Gleichsetzung des Rechtsextremismus mit linkem und antifaschistischem Engagement ist unwissenschaftlich und daher gänzlich abzulehnen

- Es braucht klare und harte Strafen gegen rechtsextreme Täterinnen und Täter, sowie eine lückenlose Aufklärung der Hintergründe des NSU. Involvierte Verantwortliche von Behörden wie dem Verfassungsschutz sind zu ermitteln und juristisch zu belangen
- Der Schutz von ehren- und hauptamtlichen Mandatsträger\*innen erhöhen und Hetze als reale Bedrohung ernstnehmen

#### Die Strukturen der SPD:

- sollen verstärkt Migrant\*innen ansprechen und sie fördern sich politisch zu engagieren, um ihre Repräsentation in der Partei zu erhöhen
- Bildungs- und Veranstaltungsangebote schaffen, die Rassismus, Antisemitismus und jegliche gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zum Thema machen
- in öffentlichen Äußerungen nicht allgemein Hass und Gewalt verdammen. Es muss klar benannt werden, wenn eine Tat aus rassistischen, antisemitischen oder rechtsradikalen Hass und Beweggründen erfolgt und dass Angriffe auf Migrant\*innen vor allem ein Angriff auf Migrant\*innen ist
- Dürfen die faschistische AfD nicht normalisieren. Ihre Vertreter werden weder gewählt noch in die Zusammenarbeit auf irgendeiner Ebene einbezogen

#### **Begründung:**

Vor dem Hintergrund der jüngsten Ereignisse kann sich der Kampf gegen den Rechtsextremismus nicht auf Solidaritätsbekundungen beschränken. Schüsse auf das Abgeordnetenbüro des schwarzen MdB Dr. Karamba Diaby, der durch Hetze von Rechtsextremen zum Rücktritt gezwungene Bürgermeister Arnd Focke aus Estorf sowie zahllose Anfeindungen im Internet auf ehren- und hauptamtliche Politiker\*innen insbesondere mit Migrationshintergrund geben Anlass, schärfer gegen diese Formen der Kriminalität vorzugehen.

Nicht zuletzt der Mord an Regierungspräsident Walter Lübcke warnt uns, die Gewaltbereitschaft rechtsextremer Kräfte nicht gering einzuschätzen. Meldungen darüber, dass rechte Gruppen Waffen horten und Todeslisten anlegen sollten darüber hinaus die Wehrhaftigkeit der Demokratie wachrufen.

Der Rechtsextremismus-Experte Matthias Quent der FSU Jena weist darauf hin, dass bis in die Mitte der deutschen Gesellschaft rassistische Ansichten vorkommen. Dieses Potenzial äußert sich nun in der Zustimmung zu AfD und in der Skepsis gegenüber den demokratischen Parteien. Die AfD wird nicht trotz, sondern wegen ihrer rechtsextremen Äußerungen und Tendenzen gewählt.

Die CDU verfällt immer noch in den Reflex Rechtsextremismus mit linkem und antifaschistischem Aktivismus auf eine Stufe zu stellen. Dies zeigt sich daran, dass sie eine Regierungsbildung mit der Linken in Thüringen ausschließt, selbst bei eindeutigen Angriffen von Rechtsextremen die Gefahr jeglicher politischer Extreme betont und grade vor dem gescheiterten Anschlag auf eine Synagoge in Halle den Linksextremismus als große Gefahr

bezeichnet. In Teilen der CDU wird bereits über eine Kooperation mit der AfD auf Landesebene geliebäugelt und auf kommunaler Ebene bereits praktiziert.

Auch die SPD hat sich in jüngster Zeit nicht durch eine klare antifaschistische Haltung ausgezeichnet. Das Landesamt für Verfassungsschutz im SPD regierten Hamburg wittert im „Linksextremismus“ eine Gefahr und der von Holocaust-Überlebenden gegründete Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes droht vor dem Hintergrund eines SPD geführte Bundesfinanzministeriums seine Gemeinnützigkeit zu verlieren. Darüber hinaus musste sich das SPD-geführte Familienministerium berechtigter Kritik erwehren das Bundesprogramm „Demokratie leben“ nicht aufzustocken und langfristig auf feste Füße zu stellen. Auch wenn viele dieser Ereignisse kurzfristig abgewendet oder nicht direkt auf politisches Handeln der SPD zurückzuführen ist wirft das ein katastrophales Bild auf die Haltung der SPD. Antifaschistisches Engagement, Recherche und Verein für politische Bildung sind die natürlichen Verbündeten der Sozialdemokratie deren Vertrauen wir nicht weiter verspielen dürfen.

Kanzlerin Angela Merkel hat den Opfern des NSU das Versprechen gemacht die Hintergründe der Taten restlos aufzuklären. Auch wenn der Prozess gegen Beate Zschäpe und ihre Helfer abgeschlossen ist, kann von einer restlosen Aufklärung nicht die Rede sein. Zu groß sind bspw. die Fragen, welche die Involvierung des Verfassungsschützers Temme aufwirft und die Ungereimtheiten im Zusammenhang mit dem Ende des NSU-Trios in Eisenach Stregda. Im Umfeld der Ermittlungen um den Mord an Walter Lübke taucht der Name Temme wieder auf. Die hessischen NSU-Akten sollen 120 Jahre unter Verschluss bleiben. Dies ist nicht zu akzeptieren!

Die SPD muss klar machen, dass sie an der Seite der Opfer steht und dass Demokratie von der Vielfalt der Herkunft, Überzeugungen und Lebensentwürfen lebt. Der Wunsch der Familie Yozgat, das Gedenken an Halit Yozgat nicht zu politisieren ist zu akzeptieren. Dennoch sollte eine Form des Gedenkens bzw. Hinwendens hin zu den Migrant\*innen und Ausländer\*innen Kassels durch die Stadtgesellschaft stattfinden. Denn die Angriffe des NSU waren keine Angriffe auf uns alle, sondern zielten dezidiert darauf Migrant\*innen zu terrorisieren und zu oft wurden die Stimmen der Betroffenen im Rahmen der NSU-Aufklärung nicht erhört.

Letztlich obliegt es jedem Ortsverein der SPD Veranstaltungen und Maßnahmen zu ergreifen, gegen Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit vorzugehen oder darüber zu bilden und informieren. Die Demokratie erhält sich nicht von alleine. Ihr Bestehen muss verteidigt und ihr Versprechen auf gesellschaftliche und individuelle Freiheit und Gerechtigkeit jedem Nachbar und jeder Nachbarin klar gemacht werden. Auch die SPD selbst muss die Barrieren und Diskriminierungen weiter abbauen, denen sich Mitglieder mit einem Migrationshintergrund gegenüber sehen. Die Mandatsträger\*innen, Vorstände und Mitgliedschaft repräsentiert oft nicht den Anteil von Migrant\*innen an unserer Gesellschaft.



## **Mitgliederversammlung am 29. Februar 2020**

### Beschluss R 2

---

Antragsteller: Jusos Kassel-Stadt

Adressat: SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord  
SPD-Landesparteitag Hessen  
SPD-Bundesparteitag  
SPD-Bundestagsfraktion  
S&D-Fraktion

Betrifft: Ernährungswende wagen und gestalten!



angenommen



abgelehnt



überweisen an:

#### **Die Mitgliederversammlung beschloss:**

Immer mehr Menschen ernähren sich vegetarisch oder vegan, der Fleischkonsum in Deutschland ist in den letzten Jahren gesunken. Diese Entwicklung begrüßen und unterstützen wir ausdrücklich, denn Politik muss stets auf beiden Seiten ansetzen, bei der Produktion und beim Konsum.

Es ist daher zentrales Ziel nachhaltiger Klima-, Landwirtschafts- und Ernährungspolitik, über pflanzliche Ernährung aufzuklären und sie zu fördern. Wir fordern:

- die Berücksichtigung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes von Lebensmitteln im Klimaschutzgesetz
- pflanzliche Produkte wie Hafermilch gegenüber tierischen Produkten wie Kuhmilch steuerlich mindestens gleichzustellen
- Abkehr von der Intensivierung der Tierhaltung und der Mengenproduktion, die zu einer immer stärkeren Exportorientierung führt
- Transparenz durch verpflichtende Haltungskennzeichnung aller Tierprodukte, nicht nur von Fleisch

- Keine Bewerbung, die eine höhere Haltungsstufe gemäß der Haltungskennzeichnung suggeriert
- Klare Kennzeichnung von tierischen Inhaltsstoffen, auch solchen, die im Endprodukt nicht mehr enthalten sind
- Öffentliche Bildung der Verbraucher\*innen, insbesondere über die Folgen der Tierhaltung und die Vorteile pflanzlicher Ernährung
- eine Anpassung der Ausbildung gastronomischer Berufe, sodass die Zubereitung pflanzlicher Lebensmittel einen höheren Stellenwert erhält und eine vegane Kochausbildung ermöglicht wird
- Auf unseren eigenen Veranstaltungen gehen wir mit möglichst pflanzlicher Ernährung voran und gestalten das Catering und Essensangebot vorwiegend vegetarisch und biologisch. Dabei bieten wir stets auch eine vollwertige vegane Alternative an.
- externe Kosten der Tierproduktion sichtbar machen, vom Grundwasserschutz bis zu den gesellschaftlichen Folgekosten des Klimawandels
- Subventionen für Tierprodukte abzubauen, beispielsweise beim EU-Schulprogramm Milch, und an ökologischen Kriterien zu orientieren, insbesondere bei der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU
- dass die öffentlichen Mensen und Kantinen ihr vollwertiges veganes Angebot ausweiten und insgesamt weniger tierische Lebensmittel verwenden
- eine EU-weite Legal-Definition von "vegetarisch" und "vegan" festzulegen

Auf dieser Grundlage fordern wir den SPD-Parteivorstand auf, ein Konzept für den Umwelt- und Klimaschutz zu schaffen. In diesem Konzept muss der Kampf gegen den menschengemachten Klimawandel ganzheitlich gedacht werden. Das schließt auch Aspekte der Energiewirtschaft, Handel, Industrie, Landwirtschaft, Verkehr und Ernährung ein.

## **Begründung:**

Pflanzen sind die Grundlage menschlicher Ernährung, ein Großteil der Welternährung basiert auf Getreide, Hülsenfrüchten und Gemüse. Nahrungsmittel tierischen Ursprungs basieren dagegen zunehmend auf Futtermitteln, die auf Flächen angebaut werden, die auch für die menschliche Ernährung oder als CO<sub>2</sub>-Senke genutzt werden könnten. Das hat erhebliche Folgen für die Ökobilanz.

Global betrachtet verursacht die Erzeugung tierischer Lebensmittel mehr Klimagase als der gesamte Verkehrsbereich. Die Studien der letzten Jahre und der im August 2019 veröffentlichte IPCC-Bericht zeigen deutlich, dass zum Erreichen der Klimaziele eine massive Reduktion des Konsums von Tierprodukten notwendig ist. Selbst wenn wir morgen eine radikale Energie- und Verkehrswende einleiten – wenn wir weiterhin so viele tierische Produkte herstellen und konsumieren, werden wir das Paris-Ziel von deutlich unter 2 Grad, möglichst unter 1,5 Grad, Erwärmung verfehlen.

Regelmäßig gibt es neue Nachweise für die weiteren Umweltschäden, die mit der Tierproduktion einhergehen. Abgeholzte Regenwälder für die Futtermittelproduktion, Güllefluten und antibiotikaresistente Keime, Wasser- und Flächenverbrauch machen deutlich, wie dringend ein Wandel nötig ist. Auf der anderen Seite verweist die Gesundheitsforschung immer wieder auf die Vorteile einer vielfältigen, überwiegend pflanzlichen Ernährung, insbesondere mit Blick auf Zivilisationskrankheiten wie Typ-2-Diabetes, Osteoporose oder Herz-Kreislauf-Erkrankungen.

Der hohe globale Tierproduktkonsum kann nur durch Zucht auf extreme Leistung und Haltungsbedingungen auf Kosten der Tiere befriedigt werden. Neben einer Verringerung des Exports von Tierprodukten aus Deutschland, ist es wichtig, dass Menschen sich verstärkt pflanzlich ernähren, erst dadurch sinkt die Nachfragerlast und damit auch der Druck auf eine zunehmend intensive Tierhaltung. Neben uns Menschen profitieren daher auch Tiere von mehr pflanzlicher Ernährung. Eine erfolgreiche Agrarwende setzt neben der notwendigen Umstellung des Agrarsystems, der gesetzlichen Haltungsbedingungen und der EU-Agrarförderung auch eine Ernährungswende voraus!"